

Zitierhinweis

Tamm, Sascha: Rezension über: Dagmar Schulze Heuling, Der Lockdown. Politische, philosophische, rechtliche und ethische Aspekte, Baden-Baden: Nomos, 2023, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2024, 1, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/6311401ef3284a25b238813e0c016f22>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2024/1

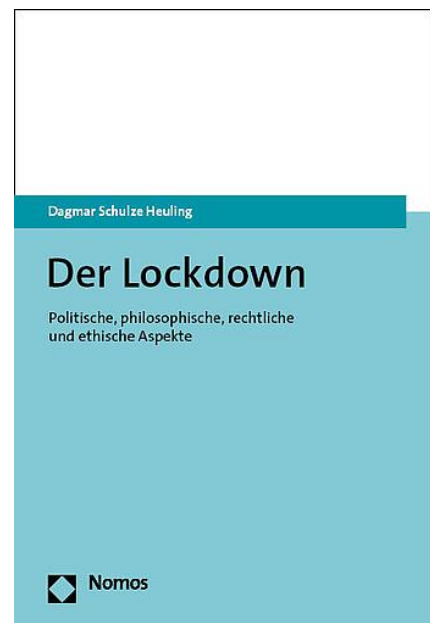
Dagmar Schulze-Heuling: Der Lockdown. Politische, philosophische, rechtliche und ethische Aspekte

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2023, 442 S., ISBN 978-3-7560-1327-2

Die staatlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-Pandemie und ihre Auswirkungen auf die eigene Lebensgestaltung und das gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben sind wohl noch allen Menschen in Deutschland in lebendiger Erinnerung. Das gilt auch für die öffentlichen Debatten und das allgemeine Meinungsklima, für die politischen Argumentationen und natürlich die Maßnahmen selbst. Der oft hektische Aktivismus des staatlichen Handelns ließ kaum Platz für differenzierte Auseinandersetzungen. Insbesondere wurde, wenn überhaupt, zumeist nur aus einer Perspektive argumentiert. Deshalb ist die von Dagmar Schulze-Heuling vorgelegte Monografie zum Lockdown mit ihrem mehrdimensionalen Erkenntnisanspruch wichtig und notwendig. So viel sei an dieser Stelle vorweggenommen: sie wird diesem Anspruch weitgehend gerecht.

Die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen dieser Zeit erfordert zweierlei: einerseits eine Darstellung und Analyse der Vorgänge im Zusammenhang mit politischen Reaktion auf die Pandemie, andererseits eine theoretische Auseinandersetzung mit Legitimationsmustern und politischen Narrativen. Die vorliegende Monografie liefert beides. Dabei stand die Autorin einem Mangel gegenüber, der so kurz nach historischen Ereignissen und Entwicklungen verständlich und vielleicht unvermeidbar ist: dem Mangel an ausführlichen Quellenstudien und detaillierten, historischen Darstellungen.

Ihr Anspruch ist nicht zuerst historisch, sondern vor allem systematisch. Das verringert jedoch den Wert des Buches aus einer an geschichtlicher Analyse interessierten Perspektive keineswegs. Gerade die Einordnung in systematische Zusammenhänge ermöglicht neue Einsichten in die jüngste Geschichte. Diese sind aus einem Politikverständnis heraus, das sich an individueller Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns als liberalen Werten orientiert, erhellend und gleichzeitig alarmierend. Das gilt insbesondere dann, wenn man wie die Autorin die Gefahren, die von COVID-19 ausgingen, sehr ernst nimmt. Das Phänomen „Lockdown“ eignet sich in besonderer Weise für eine Analyse aus staatswissenschaftlicher Perspektive. In diesem Fach, das gerade eine zögerliche Renaissance erlebt, werden u.a. juristische, sozialwissenschaftliche und philosophische Methoden zusammengeführt. Das ist bei der Analyse und Bewertung komplexer politischer Maßnahmen und Strukturen sehr sinnvoll. Immer dann, wenn staatliches Handeln mit den Erkenntnissen oder Voraussagen



einer einzelnen Wissenschaft allein begründet werden soll, sollten bei allen, die liberalen Werten anhängen, die Alarmglocken klingen.

Nach einer Einleitung, in der die Autorin in sehr plastischer Sprache die erst kurz zurückliegende Pandemie in Erinnerung bringt und ihren Erkenntnisanspruch erläutert, wird im ersten Teil des Buches die notwendige historische und theoretische Vorarbeit geleistet. Sehr gedrängt, aber mit klar erkennbaren Grundlinien wird die Geschichte staatlicher Maßnahmen zum Infektionsschutz, fokussiert auf Deutschland, erzählt. Anschließend entwickelt die Autorin einen Arbeitsbegriff für den eigentlichen Untersuchungsgegenstand, den Lockdown als komplexes staatliches Maßnahmenbündel. In diesem Zusammenhang werden die verschiedenen rechtlichen Regelungen, die die Bundesländer erlassen haben, in ihren großen Gemeinsamkeiten und relativ kleinen Unterschieden dargestellt. Hier wird die geradezu hektische Entwicklung staatlicher Maßnahmen deutlich, die zu immer stärkeren Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der individuellen Freiheit führte, ohne dass sich am Wissensstand über die Pandemie im Kern etwas geändert hätte.

Zu den politischen Prozessen im engeren Sinn geht die Autorin dann im ersten Kapitel des zweiten, systematisch-kritischen Teils ihrer Arbeit über. Unter dem Titel „Politik. Pandemien auf der politischen Agenda“ untersucht sie, wie und in welchem Maße Pandemien überhaupt zu einem wesentlichen Gegenstand politischen Handelns werden – oder auch, wie in der Geschichte oft geschehen, gerade nicht werden. Die Wirkung von starken narrativen und symbolträchtigen Bildern, insbesondere eines Fotos aus Bergamo, entfaltete gewaltige politische Wirkmacht, wie überzeugend einschließend eines interessanten kulturhistorischen Verweises belegt wird. Es wird deutlich, wie stark politische Entscheidungsträger auf derartige, mit einer sehr starken Gefährdungswahrnehmung verbundene Narrative reagiert haben, sie gleichzeitig benutzt und verbreitet haben. In diesem Teil wäre vielleicht eine intensivere Analyse aus der Public-Choice-Perspektive möglich gewesen.

Anschließend widmet sich die Autorin in einem eigenen Kapitel, das allein schon die Lektüre des Buches wert ist, dem vielleicht am stärksten unterbelichteten Aspekt politischen Handelns: dem – den Entscheidungen zugrundeliegenden – Wissen und seiner Begrenzung. Mit den Erkenntnissen von Frédéric Bastiat, Friedrich August von Hayek, Elinor Ostrom und Karl Raimund Popper wird überzeugend demonstriert, wie politische Entscheidungsträger, aber auch andere Handelnde, systematisch ihr eigenes Wissen überschätzten. Gleichzeitig wird eine Alternative gezeigt, die während der Pandemie-debatten oft diskreditiert wurde – dezentrales Handeln. Ebenso aufschlussreich ist die Diskussion kognitiver Fehler wie etwa des *action bias*, die im politischen Handeln während der Pandemie deutlich wurden.

Im Kapitel zum Verfassungsrecht werden grundlegende Fragen aufgeworfen, vor allem diejenige zum Spannungsfeld von individuellen Abwehrrechten und staatlichen Schutzpflichten. Hier greift die Autorin an einigen Stellen etwas zu stark den ethischen Erwägungen später im Band vor. Zudem ist dem Text die Empörung über viele nur sehr schwer zu rechtfertigende Maßnahmen zuweilen stark anzumerken, die analytische Perspektive wird verlassen. Trotzdem sind die Argumente stark, die darauf abzielen, dass Maßnahmen, die mit der staatlichen Schutzpflicht begründet werden, nicht deshalb schon automatisch sinnvoll oder auch nur zu rechtfertigen sind. In diesem Abschnitt wird ein großer Vorzug der Arbeit deutlich: Immer wieder wird mit Argumenten und Beispielen belegt, dass anderes staatliches Handeln möglich gewesen ist – und das dieses mit einiger Wahrscheinlichkeit sehr viel weniger Schäden bei denen angerichtet hätte, die von ihm betroffen waren.

Im abschließenden dritten Teil konzentriert sich die Studie auf rechts- und politikphilosophische sowie auf ethische Fragen. Nachdem der Konflikt zwischen Abwehr- und Schutzrechten weiter ausgeführt und der weitgehende normative Vorrang der Abwehrrechte des Individuums dargelegt wird, geht die

Autorin zur allgemeinen Legitimation staatlichen Handelns über. Es wäre der Struktur der Arbeit vielleicht gut bekommen, wäre dieses Kapitel weiter vorn angeordnet. Damit wären einige Abwägungen zu individuellen Rechten und staatlichem Handeln in früheren Kapiteln verständlicher und überzeugender. Andererseits lassen sich derartige strukturelle Probleme wahrscheinlich in einem Multi-Perspektiven-Ansatz nicht ganz vermeiden, der ja wie beschrieben große Vorteile hat.

Die politikphilosophische Diskussion verfolgt einen Strang klassischer Freiheitsdenker von Thomas Hobbes bis Robert Nozick – gerade letzterer taucht zu Unrecht in deutschen Abhandlungen kaum auf. Auch weitere moderne politische Theorien wie *Public Reason* und *Epistemic Democracy* werden diskutiert. Anschließend werden ethische Theorien daraufhin abgeklopft, ob sie einen Lockdown rechtfertigen können. Das kann, so die Schlussfolgerung der Autorin, kaum gelingen. Dabei untersucht sie gängige ethische Theorien, insbesondere konsequentialistische und deontologische. Nur eine Feinheit ist, dass ihre Bentham-Interpretation etwas zu kurz greift, da Bentham durchaus eine strenge Limitierung des Nutzenkalküls durch den höchsten Wert der individuellen Freiheit voraussetzte. Der Wert der Untersuchung wird auch in diesem abschließenden Kapitel dadurch gesteigert, dass immer wieder Beispielszenarien diskutiert und beschrieben werden, anhand derer ethische Probleme plastisch werden.

Die Studie ist zu großen Teilen während des Lockdowns selbst entstanden, wie die Autorin an einigen Stellen beschreibt. Diese Nähe zu den Vorgängen, die auch die unmittelbare persönliche Betroffenheit beinhaltet, verhindert jedoch ganz überwiegend nicht die notwendige kritische Distanz zu den diskutierten Vorgängen und Legitimationssträngen. Gleichzeitig wird der Anspruch fast immer erfüllt, die präsentierten und wirkmächtigen Argumente zu hinterfragen, dies gilt auch für die eigenen.

Zu den wichtigsten Verdiensten des Buches gehört, dass Dagmar Schulze-Heuling die richtigen Fragen gestellt hat, die der Lockdown in Deutschland aufgeworfen hat. Ebenso wichtig ist, dass sie diese Fragen auf einer klar definierten theoretischen Grundlage und auf der Basis eines an der individuellen Freiheit orientierten Wertegerüsts beantwortet. Die zumeist überzeugenden Antworten beanspruchen keine Letztgültigkeit – doch sie eröffnen einen Raum für weitere Debatten. Diese sind ohne jeden Zweifel notwendig.

Berlin

Sascha Tamm



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net